

KONJUNKTUR

Schwierigere Zeiten

Die Stimmung der deutschen Wirtschaft ist im Jahresverlauf merklich abgekühlt. Der bislang vorherrschende Optimismus ist einer neuen Nüchternheit gewichen. Von Rezession kann zwar nach wie vor keine Rede sein, aber die Erwartungen werden zunehmend nach unten geschraubt. Die Gründe liegen auf der Hand: Der Konflikt in der Ukraine ist von einer politischen Lösung weit entfernt; im Nahen Osten scheint eine Eskalation jederzeit möglich.

Anhaltende Unsicherheit

Die Zuspitzung der geopolitischen Krisen geht an der deutschen Wirtschaft nicht spurlos vorbei, zumal Europa als Wachstumsmotor ausfällt, solange die notwendigen Reformen in Frankreich und Italien nicht in Schwung kommen. Die anhaltende Unsicherheit führt zu Zurückhaltung bei Aufträgen und Investitionen. Hinzu kommt, dass Deutschland durch die Rente mit 63, die Mütterrente und den gesetzlichen Mindestlohn zusätzlichen Ballast an Bord genommen hat.

Auch die chemische Industrie musste im 2. Quartal 2014 einen Dämpfer hinnehmen. Umsatz und Produktion lagen gegenüber dem 1. Quartal im Minus. Insbesondere das Inlandsgeschäft fiel schwächer aus, weil viele industrielle Kunden ihre Produktion gedrosselt haben. Die Aussichten für die Chemie werden mittlerweile schlechter eingeschätzt als noch vor einigen Monaten.

Erwartungen anpassen – auch für die Tarifrunden

Die sinkenden Geschäftserwartungen spiegeln sich auch in den beiden wichtigsten Konjunkturindikatoren wider: So ist der ifo-Geschäftsklimaindex mittlerweile 5 Monate in Folge gefallen, der ZEW-Konjunkturindex sogar 9 Monate hintereinander. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat seine BIP-Prognosen für 2014 und 2015 bereits deutlich reduziert, jeweils um mehr als einen halben Prozentpunkt.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die geopolitische Lage entwickelt und wie die deutsche Wirtschaft hiervon betroffen sein wird. Setzt sich der konjunkturelle Negativtrend fort, werden weitere Institute und auch die Bundesregierung dem schwierigeren Fahrwasser Rechnung tragen und ihre Erwartungen zurücknehmen. Diesen Schritt müssen dann auch die Gewerkschaften gehen, wenn sie sich nun auf die anstehenden Tarifrunden vorbereiten.

»Die Aussichten für die Chemie werden mittlerweile schlechter eingeschätzt als noch vor einigen Monaten.«

BRANCHE

Chemie-Konjunktur: Wachstumsaussichten verschlechtert **2**

Gesundheitsinitiative: Sozialpartner stellen Leitbild vor **4**

SOZIALPOLITIK

Flexible Übergänge: Passgenaue Lösungen sind der Schlüssel **3**

EUROPA

Europäische Union: Neustart in Parlament und Kommission **6**

NACHHALTIGKEIT

Nachhaltige Chemie **8**

CHEMIE-KONJUNKTUR

Wachstumsaussichten verschlechtert

Die Konjunktur in der chemisch-pharmazeutischen Industrie hat sich im Sommer 2014 eingetrübt. Der nachlassende Schwung der deutschen Wirtschaft mit einer nur zögerlichen Investitionstätigkeit sowie die Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten belasten das Chemie-Geschäft. Zentrale Frühindikatoren zeigen, dass die Chemie-Unternehmen deutlich skeptischer auf die Konjunktur blicken; das Geschäftsklima für die Chemie hat sich in den letzten Monaten abgekühlt. Die Wachstumsprognose 2014 wurde gesenkt.

Produktion und Umsatz sinken

Im 2. Quartal 2014 sank die Chemie-Produktion um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal und auch der Umsatz war mit minus 1,2 Prozent rückläufig. Bei den Chemikalienpreisen macht sich die Eintrübung ebenfalls bemerkbar: Auf Jahressicht senkten die Chemie-Firmen die Preise um 1,7 Prozent.

Insbesondere das Inlandsgeschäft fiel schwächer aus, weil viele industrielle Abnehmer ihre Produktion drosselten. Wegen der nur zögerlichen Erholung der europäischen Wirtschaft ging auch der Auslandsumsatz erneut leicht zurück. Besonders deutliche Rückgänge verzeichnete das Geschäft mit Basischemikalien.

Wegen der jüngsten Konjunktüreintrübung senkte der Verband der Chemischen Industrie (VCI) die Wachstumsziele für das Gesamtjahr. Für die Chemie-Branche wird jetzt nur noch ein Produktionsanstieg um 1,5 Prozent erwartet, statt bislang 2 Prozent. Bei einem erwarteten Rückgang der Erzeugerpreise um 1 Prozent dürfte der Umsatz um 1 Prozent auf voraussichtlich 192,5 Milliarden Euro steigen. Bislang waren Preisnachlässe von 0,5 Prozent und ein Umsatzanstieg um 1,5 Prozent erwartet worden.

Für das 2. Halbjahr geht der VCI von einer leichten Belebung der Nachfrage aus, sofern sich die geopolitische Lage nicht weiter zuspitzt. Insgesamt bleibe die Erholung allerdings kraftlos.

TEXT: DIRK MEYER

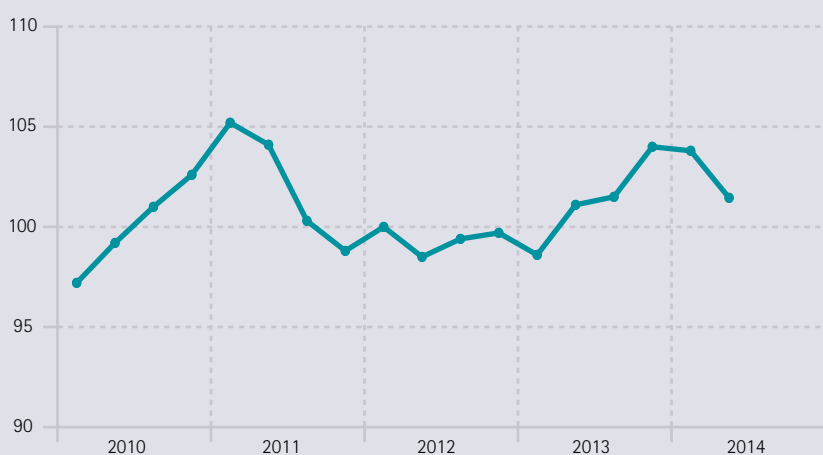
CHEMIE-PROGNOSE 2014

Produktion
plus 1,5 Prozent

Erzeugerpreise
minus 1,0 Prozent

Umsatz
plus 1,0 Prozent

Chemie-Produktion rückläufig



Quelle: Statistisches Bundesamt; Produktionsindex Chemie/Pharma; 2010=100; saisonbereinigt, Quartale

FLEXIBLE ÜBERGÄNGE

Passgenaue Lösungen sind der Schlüssel

Das Thema »flexible Übergänge« ist erneut in aller Munde. Nachdem erst im Frühjahr der abschlagsfreie Rentenzugang mit 63 Jahren für langjährig Versicherte beschlossen wurde, will sich die Regierungskoalition nun dem nächsten Thema annehmen: Wie kann der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand (noch) flexibler gestaltet werden und wie kann es einfacher werden, Beschäftigte auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze weiter zu beschäftigen? Eine Arbeitsgruppe aus 12 Abgeordneten sowie Vertretern des Arbeits- und des Finanzministeriums erarbeitet derzeit Ideen und Vorschläge.

Für die Chemie-Arbeitgeber ist klar: Leitmotiv und Ziel bei dieser Diskussion muss mit Blick auf die demografische Entwicklung sein, dass möglichst viele Beschäftigte bis zum gesetzlichen Rentenalter gesund und leistungsfähig arbeiten können und somit ihren wichtigen Beitrag zum Wohlstand der Gesellschaft, zum wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens, aber auch zur Absicherung ihres eigenen Lebensstandards im Alter erbringen.

BAVC-POSITION

Die ausführliche Positionierung der Chemie-Arbeitgeber zum Thema »flexible Übergänge« finden Sie auf www.bavc.de

Lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung

Auf dem Weg dorthin sind bedarfsgerechte Instrumente für eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung einschließlich flexibler Übergänge zwischen Erwerbsleben und Ruhestand wichtige Bausteine für eine demografiefeste Personalpolitik. Die in der chemischen Industrie mit dem Tarifvertrag »Lebensarbeitszeit und Demografie« bereits 2008 geschaffenen betrieblichen Demografiefonds werden deswegen für die Finanzierung genau solcher Instrumente eingesetzt. Langzeitkonten, Altersteilzeit, zusätzliche Altersvorsorge, Berufsunfähigkeitsversicherungen oder auch Arbeitszeitreduzierungen werden betrieblich vereinbart und umgesetzt. Leitprinzip für diese Angebote ist, die Mittel ziel- und bedarfsgerecht einzusetzen. Die Betriebsparteien regeln vor Ort, wie die Demografiefonds verwendet werden. Dort können der Bedarf der jeweiligen Beschäftigten und die betrieblichen Belange am besten beurteilt werden.

Das Ziel: ein möglichst langer Verbleib im Erwerbsleben

Für diejenigen Beschäftigten, denen eine produktive und gesunde Vollzeitbeschäftigung bis zur Regelaltersgrenze nicht möglich ist, müssen dabei bevorzugt Wege eröffnet werden, die eine zunächst schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit erlauben, um somit auch für diese Arbeitnehmer ein möglichst langes Verbleiben im Erwerbsleben zu fördern. Hier sollten zukünftig noch mehr und attraktivere Instrumente zur Gestaltung einer schrittweisen Reduzierung der Arbeitszeit zur Verfügung stehen, die von Betrieben und Beschäftigten entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen genutzt werden können.

Das Thema flexible Übergänge muss aber nicht neu erfunden werden – es gibt bereits bewährte Instrumente. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für diese können jedoch an vielen Stellen flexibler und unbürokratischer gestaltet werden. Gesetzliche Festlegungen mit pauschalen Ansprüchen auf einzelne Instrumente oder einer bevorzugten Förderung bestimmter Formen flexibler Übergänge helfen jedoch nicht bei einem zielgerichteten Management des demografischen Wandels.

TEXT: LUTZ MÜHL



Margret Suckale und Ralf Sikorski (Bildmitte) mit den Protagonisten der Fachtagung

GEMEINSAME GESUNDHEITSINITIATIVE

Sozialpartner stellen Leitbild vor

Mit ihrer gemeinsamen Initiative »Gutes und gesundes Arbeiten in der Chemie-Branche« wollen Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) und Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) das Gesundheitsmanagement auf eine neue Stufe stellen und weitere Impulse zur Sicherung und Förderung der physischen und psychischen Gesundheit auf betrieblicher Ebene geben. Damit wird auch ein Beitrag zur sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit geleistet, welche Teil der gemeinsamen Initiative Chemie³ von BAVC, IG BCE und VCI sind.

Den Auftakt der Gesundheitsinitiative bildete die Sozialpartner-Fachtagung »Gutes und gesundes Arbeiten in der Chemie-Branche« mit etwa 150 Teilnehmern Mitte September bei der Evonik Industries AG in Essen.

Gesundheit als Aufgabe der Sozialpartner

Eröffnet wurde die Fachtagung von BAVC-Präsidentin **Margret Suckale** und **Ralf Sikorski**, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE. In ihrer Rede betonte Suckale, Arbeitsplätze und Arbeitsorganisation sollten möglichst so gestaltet sein, dass Fehlbelastungen und Überlastungen vermieden werden. Zugleich gehe es darum, die Eigenverantwortung der Mitarbeiter zu stärken, um die individuelle Beschäftigungsfähigkeit langfristig zu erhalten. Dies sei besonders wichtig angesichts des wachsenden Wettbewerbsdrucks und der demografischen Herausforderung. Forderungen nach einer Anti-Stress-Verordnung erteilte sie eine Absage. Neue Gesetze und Regulierungen seien weder hilfreich noch zielführend. Nicht in einer ständig wachsenden Regelungsdichte, sondern in einer konsequenten und praxisnahen Prävention im Dialog der Akteure sehen die Chemie-Arbeitgeber die Gewähr für eine effektive Lösung betrieblicher Arbeitsschutz- und Präventionsfragen.

Ralf Sikorski verwies auf die besonderen Herausforderungen einer sich verändernden Arbeitswelt und nannte dabei neben dem andauernden technologischen Fortschritt insbesondere die Beschleunigung der Arbeitsprozesse und die Zunahme der Arbeitsverdichtung. Die psychische Belastung in der Arbeitswelt habe eine

DOKUMENTATION IM SOZIALPARTNERNETZ

Eine Dokumentation der gesamten Fachtagung inklusive der Präsentationen der Vortragenden finden Sie im gemeinsamen Internet-Auftritt von BAVC und IG BCE unter

www.chemie-sozialpartner.de

ANSPRECHPARTNER



Dirk Meyer | Geschäftsführer

Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt

dirk.meyer@bavc.de

neue Dimension erreicht. Appelle in die eigenen Reihen seien notwendig; sie müssten allerdings in tatsächliches Handeln einmünden, um Verbesserungen zu erwirken.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Anschließend wurden gute Beispiele aus der Praxis von Evonik Industries («well@work») sowie AbbVie Deutschland («Gemeinsam für Ihre Gesundheit») sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite beleuchtet. Aus Sicht der Wissenschaft betonte **Joachim Fischer**, Universität Heidelberg, die Notwendigkeit einer strategischen Ausrichtung des Gesundheitsmanagements. Eine alleinige Fehlzeitenbetrachtung greife zu kurz, vielmehr müsse Gesundheit in der Organisation umfassend verankert werden. **Thomas Köhler**, Sprecher der Geschäftsführung der BG RCI, hob hervor, dass Arbeitsschutz und Gesundheit nicht getrennt werden können. Er erläuterte die Präventionsstrategie der BG RCI und verwies auf den unterstützenden Instrumentenkasten, von dem insbesondere KMU profitieren können.

Abschließend wurden Erfolgsfaktoren und Herausforderungen für die Gesundheit in der Arbeitswelt im Rahmen einer Podiumsrunde diskutiert. Dabei wurde erneut der Themenkomplex Stress, psychische Belastung und ständige Erreichbarkeit aufgegriffen. Von BAVC-Hauptgeschäftsführer **Klaus-Peter Stiller** wurde in diesem Zusammenhang nochmals unterstrichen, dass die Ursachen psychischer Belastung sowohl im privaten wie auch beruflichen Umfeld liegen können. Die Arbeitgeber nehmen die Fragestellung schon jetzt sehr ernst, weil sie ein großes Interesse an der Gesundheit ihrer Beschäftigten haben. Pauschale Vorgaben durch den Gesetzgeber seien jedoch nicht geeignet, den spezifischen Gegebenheiten und Anforderungen in den verschiedenen Branchen und Betrieben gerecht zu werden.

Ralf Sikorski hob hervor, dass eine gute Arbeitsgestaltung aufgrund andauernder Veränderungsprozesse heute notwendiger sei denn je. Hierzu gehöre auch eine gegenüber den Beschäftigten wertschätzende Unternehmens- und Führungskultur. Er sprach sich dafür aus, Regelungen nach Möglichkeit in Verantwortung der Sozialpartner zu finden; gleichwohl müsse es darum gehen, bereits bestehende Regeln auch tatsächlich einzuhalten (z.B. Arbeitszeitgesetz) und bedarfsgerecht neue Regeln zu definieren, etwa beim Thema Erreichbarkeit. Hierbei seien auch weitere Beteiligungsmöglichkeiten der Betriebsräte erforderlich.

Branchenleitbild für ein erfolgreiches betriebliches Gesundheitsmanagement

Im Rahmen der Fachtagung wurde zudem das Leitbild »Erfolgreiches betriebliches Gesundheitsmanagement« im gemeinsamen Verständnis der Chemie-Sozialpartner vorgestellt. Das Leitbild soll den Betriebsparteien vor Ort als Orientierungs- und Diskussionsgrundlage für die Ausgestaltung bzw. Fortentwicklung der eigenen Gesundheitsaktivitäten dienen. Es beschreibt, welche Elemente das betriebliche Gesundheitsmanagement umfasst, wie die Zusammenarbeit von Unternehmensleitung, Betriebsräten, Werksärzten und Arbeitsschützern effektiv gestaltet werden kann und welche Schritte umgesetzt werden müssen, um erfolgreich zu sein.

BAVC und IG BCE rufen alle verantwortlichen Akteure auf, den zu ihrem Unternehmen passenden nächsten Entwicklungsschritt anzugehen. Auch sind die Beschäftigten selbst aufgefordert, durch ihr Verhalten im privaten und beruflichen Kontext einen aktiven Beitrag zur Gesundheitsförderung zu leisten.

TEXT: DIRK MEYER, DR. JOHANNA SCHÖNROK-KUCZYNSKI | FOTO: FRANK ROGNER

STANDPUNKT



Margret Suckale
BAVC-Präsidentin

» Als Sozialpartner möchten wir das komplexe Thema Gesundheit noch stärker gemeinsam gestalten. Wir kennen die betrieblichen Notwendigkeiten und können – anders als der Gesetzgeber – branchenspezifische Lösungen finden. Die Gesundheit der Mitarbeiter ist kein geeignetes Thema für neue Verordnungen, sondern für den Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ein starkes Engagement im Gesundheitsmanagement zahlt sich aus. Denn gesunde, motivierte und leistungsfähige Mitarbeiter sind entscheidend für den Erfolg unserer Branche. «



EUROPÄISCHE UNION

Neustart in Parlament und Kommission

In den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union hatten zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 rund 400 Millionen Wahlberechtigte die Möglichkeit, die 751 Abgeordneten zu bestimmen, die in den kommenden 5 Jahren die Interessen der Bürger im Europäischen Parlament vertreten werden.

Gewinner und Verlierer der Europawahl

Von den 96 deutschen Sitzen besetzt die CDU/CSU 34, die SPD 27, die FDP 3, die Grünen 11, die Linke und die AfD je 7 Sitze. Der Verlierer der Wahl ist die FDP, die im Vergleich zum Ergebnis 2009 9 Sitze weniger hat; auch die CSU musste Einbußen hinnehmen (3 Sitze weniger). Aufgrund der Streichung der 3-Prozent-Hürde sind insgesamt 14 Parteien aus Deutschland ins EU-Parlament eingezogen.

Erwartungsgemäß bilden im neuen EU-Parlament erneut die Christdemokraten (EVP) sowie die Sozialdemokraten (S&D) die beiden stärksten Fraktionen. Zwar haben die Christdemokraten im Vergleich zu 2009 deutlich an Stimmen eingebüßt, als die EVP mit rund 36 Prozent die mit Abstand größte Fraktion stellte; gleichwohl bleibt sie mit 28 Prozent die stärkste Kraft (221 Sitze). Martin Schulz aus Deutschland wird für die kommenden zweieinhalb Jahre weiter Präsident des Europäischen Parlaments sein. Er gehört der sozialdemokratischen Fraktion an.

Wachsende Bedeutung nationalistischer Parteien

EU-Skeptiker und rechte Parteien haben bei der Wahl in zahlreichen Mitgliedstaaten große Zugewinne verzeichnet. Der Front National wurde in Frankreich mit 25 Prozent stärkste Kraft, die europaskeptische Partei UKIP lag in Großbritannien mit 36 Prozent vorn. Seit der Wahl ist es den nationalistischen Gruppierungen im Europäischen Parlament aber nicht gelungen, sich zu einer Fraktion zusammen zu schließen. Daher müssen sie vorerst auf mehr Redezeit und Geld verzichten. Doch auch wenn es neben aktuell 7 politischen Fraktionen keinen Zusammenschluss der Parteien rechts außen gibt, wird dieses Wahlergebnis die Arbeit des Europäischen Parlaments in Zukunft maßgeblich beeinflussen. Eine »Große Koalition« der

ANSPRECHPARTNERINNEN



Katharina Göbel
Leiterin Europabüro Brüssel

Europäische und internationale Sozialpolitik
katharina.goebel@bavc.de



Ruth Steinhoff
Europäische und internationale Sozialpolitik
ruth.steinhoff@bavc.de



pro-europäischen Fraktionen gegen das anti-europäische Lager ist in der täglichen Arbeit daher wahrscheinlich. Insbesondere EVP und S&D werden wohl stärker zusammenarbeiten (müssen) als bisher. Der Front National hat es sich zum Ziel gesetzt, die EU-Gesetzgebung zu blockieren («Europa von innen zerstören»). Die hohe Anzahl an UKIP-Abgeordneten macht die Rolle des Vereinigten Königreichs im Europäischen Parlament vermutlich noch problematischer.

Die künftige EU-Kommission

Die Mitglieder des neu gewählten Europäischen Parlaments haben am 15. Juli 2014 den früheren luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt. Anfang September hat dieser nun sein neues Kollegium und die neue Struktur der nächsten Europäischen Kommission vorgestellt. Dem Team Juncker werden 7 Vizepräsidenten angehören, die größtenteils aus kleineren EU-Mitgliedstaaten stammen und von denen jeder ein Projektteam leiten wird. Diese organisatorische Neuausrichtung der Kommission wird im Vergleich zur bisherigen Kommission einige neue bzw. veränderte Zuständigkeiten mit sich bringen.

Für den Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik soll die Belgierin Marianne Thyssen zuständig sein. Mit ihr läge dieses Ressort damit erstmals seit 2004 wieder in den Händen einer Kommissarin, die den Christdemokraten angehört. Der deutsche, bisher für den Bereich Energie zuständige Kommissar Günther Oettinger soll in der neuen Kommission für digitale Wirtschaft und den Ausbau des Internets verantwortlich sein. Neue Schlüsselressorts sollen Elżbieta Bieńkowska aus Polen (Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie der frühere französische Finanzminister Pierre Moscovici (Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll) übernehmen.

Das Europäische Parlament muss nun dem gesamten Kollegium Junckers seine Zustimmung erteilen. Dazu werden sich die designierten Kommissare Anfang Oktober Anhörungen im Europäischen Parlament stellen. Nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments muss der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefs, noch formal zustimmen. Danach wird die neue EU-Kommission vom Europäischen Gerichtshof vereidigt und kann ihre Arbeit voraussichtlich am 1. November 2014 aufnehmen.

TEXT: KATHARINA GÖBEL, RUTH STEINHOFF | FOTO: JORISVO/FOTOLIA.COM

BAVC-EUROPABÜRO MIT NEUER LEITUNG



Zeitgleich mit dem Start der neu besetzten Institutionen in Brüssel ist auch das Europabüro der Chemie-Arbeitgeber neu aufgestellt worden. Als Nachfolgerin des bisherigen Büroleiters Andreas Ogrinz hat Katharina Göbel am 1. September 2014 die Führung des Teams der Chemie-Arbeitgeber in Brüssel übernommen. Gemeinsam mit Ruth Steinhoff und unterstützt von Marie Döring als Assistentin ist damit das schlagkräftige Team wieder komplett. Mit einem Empfang in den Räumlichkeiten des BAVC-Europabüros, an dem zahlreiche Vertreter deutscher Institutionen und Unternehmen in Brüssel teilnahmen, führte Lutz Mühl als BAVC-Geschäftsführer für Europa und internationalen Sozialen Dialog am 8. September Frau Göbel in die neue Aufgabe ein.



Lebhafte Diskussion beim Nachhaltigkeitskongress der Merck KGaA

CHEMIE³

Nachhaltige Chemie

Spannende Debatten verlangen nach Persönlichkeiten und gelungenen Veranstaltungsformaten: Um über das Megathema Nachhaltigkeit zu diskutieren, lud die Merck KGaA am 19. September hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach Darmstadt ein – ins »Darmstadtium«, das sich mit mehr als 600 Teilnehmern nicht über mangelnden Zulauf beklagen konnte.

Prominent besetztes Podium

Auf dem Podium stritten der Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliadis, VCI-Präsident Karl-Ludwig Kley und der stellvertretende BAVC-Vorsitzende Hartmut Erlinghagen mit dem ehemaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin und der Chemie-Professorin Thisbe Lindhorst darüber, was unter einer nachhaltigen Entwicklung zu verstehen sei. »Grün« und »Industrie« kamen sich dabei deutlich näher als zumindest aus Sicht alter Grabenkämpfer zu vermuten war.

»Vielfalt der Perspektiven statt Tunnelblick«

Einen inhaltlichen Schwerpunkt in der Nachhaltigkeitsdebatte setzte Hartmut Erlinghagen, dem es ein Herzensanliegen war, das abstrakt daher kommende Thema Nachhaltigkeit unter der programmatischen Überschrift »Vielfalt der Perspektiven statt Tunnelblick« zu erden: Erstens solle man sich davor hüten, einen Primat des Ökologischen zu proklamieren, und stattdessen die 3 Dimensionen Umwelt, Wirtschaftlichkeit und den Faktor Mensch gemeinsam und in ihren komplexen Wechselwirkungen betrachten. Zweitens sprach er sich dafür aus, stärker die konkreten Akteure und Instrumente in den Blick zu nehmen, die zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele notwendig sind – etwa die Industrie und ihre Tarifverträge.

TEXT: DR. ANDREAS OGRINZ | FOTO: MERCK

CHEMIE³
DIE NACHHALTIGKEITSINITIATIVE
DER DEUTSCHEN CHEMIE

Weitere Informationen über die Nachhaltigkeitsinitiative der Chemie erhalten Sie unter

www.chemiehoch3.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. | Postfach 1280 | 65002 Wiesbaden | Internet: www.bavc.de
Kontakt: info@bavc.de | www.twitter.com/BAVChemie. Verantwortlich: Dr. Klaus-Peter Stiller. Redaktion: Sebastian Kautzky, Dirk Meyer, Christopher A. Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Thomas Winter, Leimen. Lesen Sie die digitale Ausgabe als E-Paper unter www.bavc.de oder nutzen Sie die Impuls-App des BAVC – kostenfrei erhältlich im App Store und bei Google Play.

BAVC
Die ChemieArbeitgeber